

Halle-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Halle-Zeitung“ erscheint an jedem Dienstag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis nach Berlin beträgt 2.00 Reichsmark. Annoncen-Preise sind nach dem Tarif für den Reichsanzeiger zu berechnen. Die Anzeigen werden nach Reichs-Tarifen berechnet, die Zeit 0.25 Reichsmark.

Der Preis für den Abdruck von Anzeigen in der „Halle-Zeitung“ richtet sich nach dem Tarif für den Reichsanzeiger. Der Preis für den Abdruck von Anzeigen in der „Halle-Zeitung“ richtet sich nach dem Tarif für den Reichsanzeiger.

Neues in Kürze.

Drohmaßnahmen und Stadtelektrogramme.



Ministerpräsident Seefsa.

Der Namens der Gesamtregierung dem Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik die Demission einreichte.

Wie den Militärern mitgeteilt wird, wird das Reichswehrgesetz unverändert bestehen bleiben und entsprechend der mit den Militärern getroffenen Verabredungen ergänzt werden. Die Militärern haben sich damit bereits einverstanden erklärt. — Ueber die Militärreformfrage wird von der deutschen Regierung ein Bericht an das deutsche Reichstag eingereicht, das die gesamte diese Frage betreffende Material umfaßt.

Die Londoner „Times“ melden aus Paris, der alliierte Militärstab in Versailles hat am Mittwoch die alliierte Besatzungsarmee für das deutsche Gebiet ab 1. Dezember um 9000 Mann herabgesetzt. Der Befehl bedarf der Zustimmung der alliierten Regierungen.

Die gestrige erste Sitzung des neu gewählten Berliner Stadtparlamentes brachte sogleich auch den ersten Tumult und kommunistische Kämpfe.

In Warschau und Prag kam es zu ersten Anzeichen der polnischen Arbeitlosen.

Aus London verläutet, daß der jetzige englische Vizekönig in Berlin, Lord D'Alton, gegen Besetzung zurücktritt wird. Als Nachfolger werden der englische Botschafter in Warschau und Prag, sowie der Unterstaatssekretär des Außenministeriums genannt.

Die englische Königin-Mutter Alexandra hat eine schwere Herzaffektion erlitten. Ihr Zustand ist bedenklich.

Die italienische Regierung beschloß die Gründung einer deutsch-italienischen Zeitung in Wien unter Leitung eines italienischen Journalisten. — Als italienische Propaganda in Deutschland.

Die italienische Senat hat das Gesetz über das Frauenwahlrecht in den Gemeinden angenommen. In der italienischen Kammer wurden gestern drei kommunistische Abgeordnete, die die Haltung der Kammer als im Widerspruch mit der Landesverfassung stehend bezeichneten, von etwa 150 Faschisten verprügelt und aus der Kammer hinausgeworfen.

In Marokko machen sich neue größere Unruhen bemerkbar. Die Kämpfe zwischen den Franzosen, besonders ihrer Artillerie durch die aufständischen Wege zu Angriffsvorbereitungen ausnutzt. Sehr interessant sind französische Meldungen von lebhafter Tätigkeit des Feindes bei Fez. Da Fez heute weit hinter der Front der Franzosen liegt, scheint es sich um einen neuen Versuch der Sidhämmer Marokkos über der kriegerischen Wüstenvölker der Sahara zu handeln.

Die Nachrichten aus Syrien sind sehr widersprechend. Aus englischen Meldungen ergibt sich, daß der libanesische Senat zum Hauptzentrum des Aufstandes wird.

Die in Peking tagende internationale Konferenz hat gestern die einstimmige Forderung der vollständigen Demission. Damit wird das rechte China zum großen Kampfe der Mächte um die chinesische Herrschaft, wobei vermutlich Amerika über England liegen wird.

Nach Meldung aus Peking haben Vertreter der Generale Feng und Zhang sich ein Friedensabkommen unterzeichnet, wonach beide mandchurischen Truppen in ihrer Heimat zurückgezogen werden.

Großer Skandal in Moskau.

In Moskau sind auf Antrag des Präsidiums der Parteizentralen drei höhere Beamte des Außenhandelsdepartements, acht Beamte des Moskauer Volkshauswirtschaftsrates und acht Vertreter der kooperativen Vereinigungen verhaftet worden, die sämtlich führende Mitglieder der kommunistischen Partei sind und der Spekulation mit Manufakturwaren angeklagt werden. Weitere Verhaftungen führender Kommunisten, die den herrschenden Warenmangel und ihre amtliche Stellung zu Spekulationen auf Kosten des Staates ausgenutzt haben, stehen bevor. Die Arbeiter und Bauerninspektoren hat den dringenden Auftrag erhalten, die Bücher des Textiltarif und dessen Geschichte während der letzten Monate eingehend zu untersuchen und sofort Anzeige zu erstatten, falls Unregelmäßigkeiten entdeckt werden.

Im Zusammenhang mit diesem Textiltarif sind außerdem in Moskau vier dreitausend Reichsmark und andere Privatpersonen verhaftet worden, die Textiltarife auf illegalem Wege gekauft oder verkauft haben. In Kiew wurde auf telegraphischen Befehl von Moskau der Vertreter von Zentrolis in Haft genommen, dem vorgeworfen wird, die kooperativen Vereinigungen in Kiew, Poltawa und Wolynien Textiltarife in Empfang genommen und mit zwanzig Prozent Gewinn an Privatpersonen weiter verkauft zu haben. Der Skandal zieht immer noch weitere Kreise.

— Es scheint demnach bis weit in die Spitzen der kommunistischen Partei hinein die Abneigung gegen das Privateigentum nicht fernerhin stark zu sein.

Das Präsidium des Zentralerekutivkomitees der Sowjet-Union beschloß, die Volkswirtschaft für Innen- und für Außenhandel zu einem einheitlichen Volkswirtschaftsamt für Außen- und Innenhandel zu vereinen. Zum Leiter wurde Alexander Jurupa, zu seinem Stellvertreter der frühere Volkswirtschaftsamt für Außenhandel und Vizeleiter in Paris, Krasin, und der frühere Volkswirtschaftsamt für Innenhandel Scheinmann ernannt.

Amerika der Retter Europas.

Cooldige für den Beitritt Americas zum internationalen Gerichtshof.

In einer Rede vor der Handelskammer des Staates New York erklärte Präsident Coolidge: „Es war uns möglich, aus dem Ueberflusse unserer Erparnisse große Geldsummen für den finanziellen Wiederaufbau der alten Welt und den Ausbau der neuen Welt vorzuschicken. Wenn die nun uns gewährten Anleihen zur Entlastung der Industrie und Förderung des Handels im Ausland verwendet werden, so erhöhen sie die Konsumtionsfähigkeit des Auslandes, was unseren eigenen Handel offenbar zusätzlich kommt. Wenn ich jedoch in unpopulärer Weise, wie zur Aufrechterhaltung großer militärischer Anlagen oder zur Verbreitung von Gemeindegeldern verwendet werden, die von einer parlamentarischen Regierung einmündig geteilt oder durch Steuern ergriffen werden sollten, so erscheinen sie nicht als nutzbringend verwendet und verdienen keine Förderung.“

Unsere Bankiers steigt bei der Anlage der amerikanischen Erparnisse im Ausland eine große Verantwortung ob hinsichtlich der Art und der Berechtigung dieser Anleihen. Ich werde es sehr bedauern, wenn unter Beihilfe von Anleihen die zur Verteidigung der Schiffsreise anderer Länder zur Verfügung stehen, die Ursache irgendwelcher mißglückter oder unfreundlicher Gesinnungen gegenüber werden sollte. Es sollte überall begrüßt und als Glied für die ganze Welt betrachtet werden, daß hier eine wertvolle wirtschaftliche Kraft in die Welt tritt, die im Falle der Not zur Verfügung steht.“

„Es ist allgemein bekannt, daß Europa durch unsere Hilfe vor dem völligen Zusammenbruch bewahrt blieb. Unmittelbar nach dem Waffenstillstand waren es unsere Kredite, Lebensmittel und Waren, welche die Situation erliefen. Als das Krieges- und Wiederaufbaues der Staatsfinanzen in Europa begann, ermöglichten wir durch unsere Beihilfe seine Fortsetzung und Vervollständigung.“

Als Oesterreich sich entschloß, seinen Staatsbankrott in Ordnung zu bringen, gewährten wir einen Teil des erforderlichen Kredites. Als Deutschland gesunde Finanzverhältnisse einführte, beteiligten wir uns wiederum in hervorragendem Maße an der bald notwendigen Goldanleihe. Ohne diese wäre der Reparationsplan völlig gescheitert, denn Deutschland hätte aus anderen Quellen nicht zahlen können. Die Besatzungsmächte hätten zur Vermeidung der internationalen Verwicklung und Erregung beigetragen.“

Die nationale Fahne weht! — in Italien!

Eine Gesetzesvorlage regelt den Gebrauch der nationalen Fahne in Italien. Die grün-weiße Fahne mit blauem Bande muß im weißen Felde das laonische Hauswappen zeigen. Bei der höchsten Familie sowie auf allen Regierungsgebäuden muß dieses laonische Wappen von einer Krone überzogen sein. Andere Fahnen dürfen nur dann ausgehängt oder getragen werden, wenn die nationale Fahne die erste Stelle einnimmt. Kein Ausländer wird daher in Italien die Fahne seines eigenen Landes aushängen dürfen, oder das gleiche die italienische Fahne, und zwar am Ehrenplatz, gehängt werden. Zumberechtigungen werden mit Geldstrafen von 100 bis 500 Lire geahndet. Die durch das Gesetz mit den Sozialisten unmöglich gemacht, sich ihrer roten Fahne zu bedienen, ebenso den Republikanern, die grün-weiße Fahne ohne das laonische Wappen auszuhängen.

Unser Garantierrecht hat Großbritannien bei der Rückkehr zur Goldwährung, das was für Frankreich, Italien, Belgien, die Tschechoslowakei, Polen und andere Länder getan haben, sind Überzeugungen der gleichen Hilfsbereitschaft. Amerika hat keine großen Armeen aufgestellt und keine große Flotte vorzuziehen. Wenn wir Gerechtigkeit zu üben suchen, indem wir andere an unseren finanziellen Mitteln teilnehmen lassen, so haben wir für den Frieden mehr getan, als wir mit unserer ganzen Militärmacht hätten tun können; aber der Selbstverleugung fällt es sehr schwer, Gerechtigkeit und wirtschaftliche Zweckmäßigkeit auseinander zu halten. Das Problem, dessen Lösung wir versuchen, ist die Zurückführung der Völker der Erde auf die Bahnen der wirtschaftlichen Entwicklung. Das amerikanische Geld hat an der Erfüllung dieser Aufgabe einen großen Anteil. Wir, die wir lange genug das Ideal der Welt anbeteten, lehrten zum wahren Akt der Verständigung und Vernunft zurück.“

Unsere umfangreichen und an Bedeutung stetig zunehmenden Auslandsinteressen lassen es im steigenden Maße angezeigt erscheinen, daß wir unseren Beitritt zum künftigen internationalen Gerichtshof erklären. Einigen unserer besten Willens, jede Einmischung in politische Angelegenheiten, die uns nicht betreffen, zu vermeiden, kann ich mir keine andere Friedensstunde vorstellen, als der Erklärung Americas, daß es mit den übrigen Staaten rückhaltlos die Arbeit des von ihnen geschaffenen Gerichtshofes zur Vermittlung der internationalen Gerechtigkeit fördern will. Wir können uns den allgemeinen menschlichen Verpflichtungen nicht entziehen.“

Der amerikanische Staatssekretär der Marine, Whitcomb, teilte mit, das Marineamt beabsichtige, den Kongreß um Anweisung der Geldmittel zur Fortsetzung des im Prinzip bereits bewilligten Bauprogramms von 3000 Tonnen Unterseebooten zum Typus B zu ersuchen. Zwei dieser Boote sind bereits dem Stapel gelassen, zwei sind im Bau und drei andere sind bewilligt.

Die Londoner „Morningpost“ meldet aus Washington, der Marinesekretär fordert den Neubau von 18 Kriegsschiffen im kommenden Etatsjahre. Auch die Luftflotte soll durch 30 Luftschiffe vergrößert werden. — Man sieht, wie fest Amerika an den Locarno-Verträgen glaubt! — oder an den Locarnoangriffen?

Der amerikanische Senator Borah erklärte kürzlich in einer Verammlung des Kooledigentums in Chicago:

„Der Verfallter Vertrag ist samt allen seinen Ausnahmen eine gresenlose Ungerechtheit; jeder, der eine Verleihe in diesen Vertrag schlägt, ist ein Verräter der Menschheit.“ So ist die Auffassung in Amerika. Bei uns ist es umgekehrt. Wohlwörter der Menschheit sind bei uns, die den Vertrag von Locarno mit Haut und Haaren annehmen, weil dieser Vertrag das Diktat von Versailles bekräftigt und verewigt.

Engel mit Bomben. Der fromme Abbe Bretonneau hat dem Erzbischof von Tours ein Gebetbuch gewidmet. In diesem Buche ist das Gebet eines französischen Kindes enthalten, das in dem Königreich ein Engel zu werden, um auf Berlin — Bomben schleudern zu können.

Engel mit Bomben — eine sehr französische Erfindung! Der französische Himmel liegt doch weit höher als aus als der deutsche Himmel! Wie es scheint haben große Teile des französischen Volkes vor dem „Geist von Locarno“ noch keinen Genuß verspürt!

Politische Glossen.

Von E. Broikmann-Chemnitz.

Zukunftsauf mit Pensionserhöhung. Im allgemeinen ist es ja nicht Sitte, das Jubiläumstafel auf die Pension anzurechnen zu werden. Im Freistaat Sachsen ist es aber anders gehandhabt worden.

Serrn Meffe, demormaligen Polizeipräsidenten von Dresden sind bei seiner Pensionierung die Jahre, die er während des Krieges wegen Postverrats im Jubiläum subtrahiert hat, weil auch diese Pension angerechnet wurden nach dem Grundsatz, daß Kriegsjahre doppelt zählen.

Um das zu ermöglichen, nahm die sozialistische kommunistische Mehrheit des Sächsischen Landtages am 29. Mai 1923 ein besonderes Gesetz an, das ermöglicht, Jubiläumstafel als Dienstjahre rückwirkend anzurechnen.

Jetzt ist die sozialistische Partei Sachsen in voller Aufregung darüber, daß dieses Gesetz von der jetzigen Koalitionserregierung wieder außer Kraft gesetzt werden soll. Gefühlsregelmäßigkeit soll oben allortieren und unter allen Umständen durchgesetzt werden.

Auch ein Dementi. Die „Frankfurter Zeitung“, die sich wieder einmal geizig um die Bayern auf Ordnung zu setzen, dementiert, daß und wollemit „in dem Kronprinzen Rupprecht unterstellte Wäbheit, einen König zu planen. Das Reichstafel ist nicht möglich. Wir haben deshalb untererits auch nicht mit der leichten Andeutung das Verortheben eines Königs angedeutet.“

Damit könnte die Sache erledigt sein, wenn das Blatt nicht ein paar Zeilen weiter unten in demselben Blattmenschen schreiben würde. Wohl aber ist kein Zweifel, daß der normalige Kronprinz und ein engerer Kreis seiner Anhänger mit Staatsrechtspolitikern sich fragen, das ist dafür seit einem Jahre Herberarbeit treiben, und das ist jetzt wieder einmal geschehen, die Zeit zu aktiven Vergeben sei gekommen.“

Preisfrage: Was hat das Frankfurter Blatt eigentlich sagen und was hat es dementieren wollen?

„Wir Wilden sind doch bessere Deutsche.“ Die französische Verwaltung der normalen deutschen Kolonien verlor die nach bewährtem Muster in dem Gangebeil mit der Bemerkung eine Zustimmung über die unregelmäßige Tätigkeit der Eingeborenen unter französischer Herrschaft zu veranlassen. Zu diesem Zweck wurde jedem Häuptling ein Schriftstück zur Unterzeichnung zugestellt, in dem der Wunsch zum Ausdruck kommt, die normale deutsche Kolonie für alle Zeiten dem französischen Szepter zu unterstellen.

Die Häuptlinge bejahen sich den Wunsch recht gründlich, lassen zusammen, bereiten und gelangten zu folgendem einstimmigen Bescheid:

„Uns Tugolenten ziemt es nicht und zwar aus rechtlichen Gründen nicht, uns an jeder Abstammung zu beteiligen, da wir Untertanen Deutschlands sind, dem unsere Kolonie miderrechtlich durch den Krieg genommen worden ist.“

„Seht, wir Wilden sind doch bessere Deutsche als manchem in allen Vaterlande!“ möchte man jetzt nach Seneca ausrufen! Von der Abstammung der Tugoländer über ihre Angehörigkeit an die „grande nation“ ist seitler nichts weiter bekannt geworden.

Sabotage der Wiener. Deutschland hat bisher Frankreich auf Reparationskonto rund 3000 Millionen, gemeint aus der Eisenburger Höhe geleistet. Diese Milliarden sind in Frankreich alle bis auf den letzten Schwanz zugrunde gegangen.

Für den Fall, daß Frankreich Ersatz fordern sollte, erwidert man an maßgebenden Stellen, eine andere Art Wien zu liefern, wie sie bei anderen Geschützern besteht. Wie alle Kriegsteilnehmer auf dem weltlichen Kriegsschauplatz bekräftigen können, finden diese Art Wien in Frankreich ein besseres Fortkommen.

Wohlwörter der Menschheit. Der amerikanische Senator Borah erklärte kürzlich in einer Verammlung des Kooledigentums in Chicago:

„Der Verfallter Vertrag ist samt allen seinen Ausnahmen eine gresenlose Ungerechtheit; jeder, der eine Verleihe in diesen Vertrag schlägt, ist ein Verräter der Menschheit.“ So ist die Auffassung in Amerika. Bei uns ist es umgekehrt. Wohlwörter der Menschheit sind bei uns, die den Vertrag von Locarno mit Haut und Haaren annehmen, weil dieser Vertrag das Diktat von Versailles bekräftigt und verewigt.

Engel mit Bomben. Der fromme Abbe Bretonneau hat dem Erzbischof von Tours ein Gebetbuch gewidmet. In diesem Buche ist das Gebet eines französischen Kindes enthalten, das in dem Königreich ein Engel zu werden, um auf Berlin — Bomben schleudern zu können.

Engel mit Bomben — eine sehr französische Erfindung! Der französische Himmel liegt doch weit höher als aus als der deutsche Himmel! Wie es scheint haben große Teile des französischen Volkes vor dem „Geist von Locarno“ noch keinen Genuß verspürt!

Polen vor der Diktatur?

Da sämtliche Versuche, ein parlamentarisches, auf einer breiten Grundlage ruhendes Kabinett zu bilden, gescheitert sind, wurde die Auflösung eines außerparlamentarischen Beamtenkabinetts ins Auge gefaßt. Ausgenommen Starynski sollte sich der Aufgabe, ein solches Übergangskabinett zu bilden, unterziehen, hat aber in den letzten Wochen diesen Auftrag zurückgegeben. Die Lage ist somit völlig ungeklärt.

Verständlich ist man die Vorläufe, die in letzter Zeit von militärischer Seite von Anhängern des Marschall Piłsudski und Gegnern Starynski unternommen sind, lo ist durchaus mit der Möglichkeit einer Militärdiktatur zu rechnen, die dann sehr leicht aus Protektoren zu „Laten“ geformt sein könnte, die den Locarnovertrag und die Verträge von Danzig hochheben könnten. In Warschau fanden im Offiziersklub große Kundgebungsveranstaltungen zu Ehren Marschall Piłsudski statt, an der über 1000 Militärs teilnahmen.

Der große Erfolg.

Der belgische Außenminister Vandervelde erklärte in der Kammerdebatte über Locarno: „Dank sei dem Völkerbündnis über die Bedeutung der Belgischen Grenze. Die Konsequenzen sind, welche es hinsichtlich der belgischen Interessen überlegenem sein, die neuen Vorkämpfer nicht in Kraft zu setzen, bevor nicht die Interaktion des Vertrages festgelegt ist, daß keine weiteren Maßnahmen kein Handelsobjekt sein könnten.“

„Hinsichtlich der Rheinfrage ist die Ausnahme des Rainers Gebietes festzustellen, das von einer Bestätigung der Räumung nicht die Rede sein kann, weil die Befreiung der Rheinlande das Unterland für die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen, insbesondere der Reparationsleistungen darstellt.“

Locoed Gose erklärte in der englischen Unterhausdebatte:

„Es sei eine offene und freimütige Anerkennung der durch die Niederlage gezogenen Grenzen erfolgt.“

Der englische General Morgan, Mitglied der Internationalen Kontrollkommission in Berlin, schreibt in der „English Review“:

„Was militärischen Standpunkte aus sei der Welt nach, die deutschen Armeen können die Rheinlande in 24 Stunden besetzen (1). Es gäbe keine Bestimmung im Vertrage, die sich dieser Befreiung widersetze. Nach der Räumung der Rheinlande müßten mehrere Wochen vergehen, ehe gegen die Deutschen eine Armee mobilisiert werden und in die Rheinlande kommen könnte.“

Während dieser Zeit wären aber die Deutschen längst auf französisches Gebiet gekommen.“

Wenn man das, was bei dem Herrn General der „Locarno“ von dem belgischen Außenminister Vandervelde behauptet hat, um den belgischen Franzosen (2) etwas häßlicher etwas angenehmer zu sagen, wieder richtig stellt, wenn man also überall, wo der Herr General von den Deutschen redet, die selben Aussagen und die selbigen Worte deutsch liest, dann hat man ein wunderbares Bild, wie es um die Sicherheit Deutschlands dank der Locarnoverträge bestellt ist: In 24 Stunden sei das ganze Rheinland wieder besetzt, mehrere Wochen Zeit, bis eine französische Armee mobilisiert ist, und inzwischen sind die Franzosen längst in Deutschland eingedrungen.“

In seiner großen Unterhausrede sagte der englische Außenminister über den Fall, daß eine der Parteien unter Verletzung ihrer Verpflichtungen eine militärische Aktion unternommen haben sollte, die zu einer unmittelbaren Gefahr führe:

„In diesem Fall würde die dann am Ruder befindliche englische Regierung der Mächte, und zwar der ersten, die die Entscheidung treffen zu befinden, ob dieser Fall einer unmittelbaren Gefahr vorliegt. Freilich ist die italienische Regierung als gewöhnlicher Garant in genau derselben Lage wie England. Jeder Garant ist nicht darüber, ob sich Umstände ergeben könnten, die seine Garantie zu sofortiger Wirksamkeit bringen. Die Entscheidung verbleibt in jedem Falle bei der einzelnen Regierung. Sie ist nicht eine gemeinsame Entscheidung der garantierenden Mächte.“

Mit anderen Worten bedeutet das: Es steht im Ermessen Italiens und Englands, ob sie ins Falle eines vorübergehenden französischen Angriffs zu Hilfe kommen wollen.“

Nimmt man hinzu, daß von keinem der beiden Mächte ein Wort über die Festlegung der deutschen Vorkämpferbestimmungen, des Garantien des belgischen Vertrags, der Reparationsleistungen, sein Wort über Kolonien, über den Inhalt des Völkerbündnisses, über Revision der Verträge gesagt ist, daß bisher keine bestimmten Aussagen über den Umfang der Selbstbestimmung und von deutscher Seite kein Wort über den Umfang der deutschen Angelegenheiten in der Entwaffnungsfrage gesagt ist, so kann man nur von einem großen Erfolg reden — nämlich dem der anderen Mächte. Aber ganz gewiß nicht von einem deutschen Erfolg von Locarno.

Frankreich und der Islam.

(Von unserem Pariser Korrespondenten.)

Rund 32 Millionen Anhänger des mohammedanischen Glaubensbekenntnisses befinden sich heute in den französischen Kolonien und Mandatsgebieten, also ungefähr ein Sechstel der gesamten muslimanischen Glaubensgemeinschaft.

Das nächstgrößere Gebiet mit einer großen muslimanischen Bevölkerung ist das französische Nordafrika, das in drei Gebieten, Algerien, Marokko und Tunis rund 9,5 Millionen Mohammedaner beherbergt, denen insgesamt nur 1,98 Millionen Europäer gegenüberstehen. Der geringe Prozentsatz der Europäer verteilt sich auf die größten Städte, während das ganze flache Land den muslimanischen Bauern vorbehalten ist.

Die französische Kolonisierung hat nur sehr geringe Resultate gebracht, wie sollte auch das Mutterland Frankreich mit seiner abnehmenden Bevölkerung einen Überfluß an die Kolonien abgeben können. Die Entschädigung, die Frankreich fließt die Landbesiedlung in die Städte, verdrängt der gute fruchtbare Boden. Um jedoch weniger besetzt für den französischen Bauern nach, in das schwer zu bearbeitende Gelände Nordafrikas überzuführen, wird daher auch in Zukunft nicht daran fehlen, daß die Hauptmasse der Landbesiedlung in seinen nordafrikanischen Besitzungen die eingeborenen mohammedanischen Glaubensgenossen heißen werden.

Keine Religion aber ist im modernen Völkerrecht leichter feindlicher getrimmt als der Islam, und ganz besonders Frankreich-Nordafrika bietet dafür den Beweis. Gerade hier ist eine orthodoxe, fanatische Bevölkerung anzutreffen, die den Koran dem Buchstaben getreu annimmt. Der Koran aber ist der größte Feind des Europäers in wirtschaftlicher Hinsicht.

Die islamistische Wirtschaft ist wie man es immer formuliert hat, ein Erbschaftsgewerbe. Sie will nur faul heranzubringen, aus zur Prüfung des Lebens notwendig ist. Die europäische dagegen ist eine Erwerbswirtschaft, sie will produzieren um zu verkaufen, heißt: den Ertrag über das unmittelbare Bedürfnis hinaus. Es ist bis-

Die Gesezesentwürfe werden vorgelegt.

Amlich wird mitgeteilt:

Gestern vormittag traten die Staats- und Ministerpräsidenten der Länder mit den Mitgliedern des Reichspräsidenten unter Vorsitz des Reichspräsidenten zu einer neuen Beratung der außerpolitischen Lage zusammen. Es wurden über den gesamten Tageslauf, wie er sich in den letzten Wochen entwickelt hat, unterrichtet.

Auf Grund der Ausrede wird die Reichsregierung nunmehr, entsprechend dem vorgelegten unter Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten gefassten Beschlüsse, den gleichbedeutenden Beschlüssen des Reichsrates, den Entwurf eines Gesetzes über die Bestände von Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zugehen lassen.

Am unmittelbaren Anschluß an die Ausrede der Reichsregierung mit dem Ministerpräsidenten hat das Reichspräsidenten der Länder dem Gesetzentwurf über die Bestände von Locarno und dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zugestimmt.

Berliner Brief.

Keine Einstimmigkeit der Ministerpräsidenten.

In der Berliner Presse wird darauf hingewiesen, daß das amtliche Communiqué nichts über den Verlauf und das Ergebnis der Besprechung mit den Ministerpräsidenten enthält. Offenbar ist es zu einem Ergebnis gar nicht gekommen, und somit steht fest, daß Einstimmigkeit nicht erzielt wurde. Das „Berl. Tagbl.“ meint an, der Vertreter Italiens habe widersprochen, nach anderen Nachrichten herrscht allerdings auch bei den deutschen Regierungen schwerste Enttäuschung über die ungenügenden Ergebnisse von Locarno, die nicht über das hinausgehen, was uns bereits in London als Köhler für die Annahme des Dames-Planes zugeplant war.

Das Reichspräsidenten, das nach Austritt der deutschen Minister einig ist und sich das auch für die Annahme der Locarnoverträge ausgesprochen hat, wird mangels Zustimmung der Länder auf Grund seines bereits am Dienstag gefassten Beschlusses, die Gesezesentwürfe nunmehr dem Reichsrat und dann dem Reichstag vorlegen. Anschließend ist im Reichstag liegt auch dem Reichspräsidenten der Reichstag-Vorsitz zu nehmen.

Inzwischen wird in Berlin schon eifrig über eine Umwidmung der Reichsregierung gesprochen, wobei als mögliche Reichspräsident der jetzt preußische Ministerpräsident Brauns (Sag.) und vor allem Dr. Stresemann genannt werden.

Entschliche Verhandlungen.

Das englische Neubureau meldet am Mittwoch abend amlich die in London eingegangene Anzeige des deutschen Außenministers, wonach das Reichspräsident die Unterzeichnung am 1. Dezember beschlossen hat und daß diese vom Außenminister und vom Kanzler vorgenommen wird.

Die Unterzeichnung ist der Mächte endgültig beschlossene, denn an der Reichspräsidenten amtlichen Erklärung ist keine Änderung zu zweifeln. Die seit gestern in Berlin begonnene Verhandlungen sind demnach nur dazu da, wenigstens den parlamentarischen Schein zu wahren.

Die Besprechungen des Reichsrats mit den Parteiführern sollen Freitag abend abgeschlossen sein.

Rus dem Reichsrat.

Der Reichsrat genehmigte am Donnerstag den Gesetzentwurf über die Bestände und wirtschaftlichen Angelegenheiten des Deutschen Reichs und Italiens. Ferner wurde dem Gesetzentwurf ein deutsch-italienisches Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Regelung anderer Fragen auf dem Gebiete der direkten Steuern zugestimmt.

Der Reichsrat genehmigte am Donnerstag den Gesetzentwurf über die Bestände und wirtschaftlichen Angelegenheiten des Deutschen Reichs und Italiens. Ferner wurde dem Gesetzentwurf ein deutsch-italienisches Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Regelung anderer Fragen auf dem Gebiete der direkten Steuern zugestimmt.

Der Reichsrat genehmigte am Donnerstag den Gesetzentwurf über die Bestände und wirtschaftlichen Angelegenheiten des Deutschen Reichs und Italiens. Ferner wurde dem Gesetzentwurf ein deutsch-italienisches Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Regelung anderer Fragen auf dem Gebiete der direkten Steuern zugestimmt.

Der Reichsrat genehmigte am Donnerstag den Gesetzentwurf über die Bestände und wirtschaftlichen Angelegenheiten des Deutschen Reichs und Italiens. Ferner wurde dem Gesetzentwurf ein deutsch-italienisches Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Regelung anderer Fragen auf dem Gebiete der direkten Steuern zugestimmt.

Der Reichsrat genehmigte am Donnerstag den Gesetzentwurf über die Bestände und wirtschaftlichen Angelegenheiten des Deutschen Reichs und Italiens. Ferner wurde dem Gesetzentwurf ein deutsch-italienisches Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Regelung anderer Fragen auf dem Gebiete der direkten Steuern zugestimmt.

Der Reichsrat genehmigte am Donnerstag den Gesetzentwurf über die Bestände und wirtschaftlichen Angelegenheiten des Deutschen Reichs und Italiens. Ferner wurde dem Gesetzentwurf ein deutsch-italienisches Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Regelung anderer Fragen auf dem Gebiete der direkten Steuern zugestimmt.

Der Reichsrat genehmigte am Donnerstag den Gesetzentwurf über die Bestände und wirtschaftlichen Angelegenheiten des Deutschen Reichs und Italiens. Ferner wurde dem Gesetzentwurf ein deutsch-italienisches Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Regelung anderer Fragen auf dem Gebiete der direkten Steuern zugestimmt.

Der Reichsrat genehmigte am Donnerstag den Gesetzentwurf über die Bestände und wirtschaftlichen Angelegenheiten des Deutschen Reichs und Italiens. Ferner wurde dem Gesetzentwurf ein deutsch-italienisches Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Regelung anderer Fragen auf dem Gebiete der direkten Steuern zugestimmt.

sein. Wie wir erfahren, haben die Deutschnationalen die Einladung des Reichsrats zu einer geordneten Aussprache für Freitag nachmittag angenommen. Es ist beabsichtigt, daß die Deutschnationalen in dieser Aussprache auch auf die Entschädigungen der Vorkämpferbesitzer Rede hinweisen, die alle Befürchtungen bestätigen, daß der Vertrag keinerlei Früherlegung der Räumungsfragen für die zweite und dritte Rheinzone bringen wird. Die erforderlichen Gesezesentwürfe gehen heute nach der Besprechung mit den Parteiführern an den Reichsrat, der sie sofort vorzubringen und in den ersten Tagen der neuen Woche an den Reichstag weiterleiten wird.

Der geirige Pariser „Matin“ demontiert in scharfer Form die Auslandsmeldungen, wonach der Pariser Vorkämpferrat durch den Eintritt des deutschen Vorkämpfers ermietet und in das Versailles-Militärkomitee auch ein deutscher General aufgenommen werden sollte. Der „Matin“ schreibt: Es handelt sich um eine lächerliche Erfindung, daß keine Veranlassung vorliegt, hierüber auch nur ein Wort zu verlieren.

Vorbereitungen in London. Die Londoner „Morningpost“ veröffentlicht Donnerstag früh das Programm für die Londoner Feierlichkeiten anlässlich der Unterzeichnung des Paktes. Die feierliche Unterzeichnung erfolgt um 11 Uhr vormittags. Darauf begeben sich die Delegationen zu dem Frühstück, das die Stadt London in Guildhall gibt. Am Abend 7 Uhr findet das Staatenspektakel im Buckinghampalast statt, auf das der große Empfang beim Königspaar folgt. Am 2. Dezember gibt Baldwin ein Bankett im St. Jamespalast, auf das gleichfalls großer Empfang stattfindet, zu dem das gesamte diplomatische Korps geladen ist. Alle auswärtigen Delegationen sind Gäste der Regierung. Die französische Delegation wird im Hippodrom, die belgische im Carltonhotel wohnen.

Die deutsche Wirtschaftskrise.

Die allgemeine Konjunktur, zumal in den westlichen und südlichen Gebieten des Reiches, geht weiter bergab. Man lebt von der Hand in der Mund. Abstellungen bringen wenig höhere Ersparnisse mit sich. Der Ausdehnungsprozeß ist bis zu einem Grade fortgeschritten, vom dem Defizitverhältnis vielleicht in größerem Maße überzeugt wäre, wenn sie nicht skeptisch und ungläubig geworden wäre. Das Zurückgehen der Einfuhrziffern ist zu einem erheblichen Teile auf einen verminderten Import von Lebensmitteln und Rohstoffen zurückzuführen. Neuerdings lassen die Seuererhöhungen namentlich aus den Kreisen der Industrie beträchtlich nach. Die Wirtschaft ist einfach nicht in der Lage, die gegenwärtigen Anforderungen zu tragen. Es kündet sich ein amerikanischer Kreditgeschäft in Kreisen der Industrie schwere Beschränkung.

In der ersten Novemberhälfte sind im Reichsgebiet von 1282 Betrieben Anträge auf Betriebseinschränkungen und Arbeiterfurlungen gestellt worden.

Der Reichsrat genehmigte ferner eine neue Verordnung über Regelung des Kraftfahrzeugverkehrs, die am 1. März 1928 in Kraft treten soll und demnach die Kraftfahrzeuge in zwei Klassen unterteilt. Die deutsche Wirtschaft ist durch die Beschränkungen des allgemeinen Verkehrs durch Auspuffgas bzw. geräuschverhinderer. Eine der wichtigsten Bestimmungen der neuen Verordnung ist, daß die Kraftfahrzeuge wieder dem Kennzeichnungszwang (Nummernzwang) unterworfen werden sollen. Angemessen

Der Reichsrat genehmigte ferner eine neue Verordnung über Regelung des Kraftfahrzeugverkehrs, die am 1. März 1928 in Kraft treten soll und demnach die Kraftfahrzeuge in zwei Klassen unterteilt. Die deutsche Wirtschaft ist durch die Beschränkungen des allgemeinen Verkehrs durch Auspuffgas bzw. geräuschverhinderer. Eine der wichtigsten Bestimmungen der neuen Verordnung ist, daß die Kraftfahrzeuge wieder dem Kennzeichnungszwang (Nummernzwang) unterworfen werden sollen. Angemessen

Der Reichsrat genehmigte ferner eine neue Verordnung über Regelung des Kraftfahrzeugverkehrs, die am 1. März 1928 in Kraft treten soll und demnach die Kraftfahrzeuge in zwei Klassen unterteilt. Die deutsche Wirtschaft ist durch die Beschränkungen des allgemeinen Verkehrs durch Auspuffgas bzw. geräuschverhinderer. Eine der wichtigsten Bestimmungen der neuen Verordnung ist, daß die Kraftfahrzeuge wieder dem Kennzeichnungszwang (Nummernzwang) unterworfen werden sollen. Angemessen

Der Reichsrat genehmigte ferner eine neue Verordnung über Regelung des Kraftfahrzeugverkehrs, die am 1. März 1928 in Kraft treten soll und demnach die Kraftfahrzeuge in zwei Klassen unterteilt. Die deutsche Wirtschaft ist durch die Beschränkungen des allgemeinen Verkehrs durch Auspuffgas bzw. geräuschverhinderer. Eine der wichtigsten Bestimmungen der neuen Verordnung ist, daß die Kraftfahrzeuge wieder dem Kennzeichnungszwang (Nummernzwang) unterworfen werden sollen. Angemessen

Der Reichsrat genehmigte ferner eine neue Verordnung über Regelung des Kraftfahrzeugverkehrs, die am 1. März 1928 in Kraft treten soll und demnach die Kraftfahrzeuge in zwei Klassen unterteilt. Die deutsche Wirtschaft ist durch die Beschränkungen des allgemeinen Verkehrs durch Auspuffgas bzw. geräuschverhinderer. Eine der wichtigsten Bestimmungen der neuen Verordnung ist, daß die Kraftfahrzeuge wieder dem Kennzeichnungszwang (Nummernzwang) unterworfen werden sollen. Angemessen

Der Reichsrat genehmigte ferner eine neue Verordnung über Regelung des Kraftfahrzeugverkehrs, die am 1. März 1928 in Kraft treten soll und demnach die Kraftfahrzeuge in zwei Klassen unterteilt. Die deutsche Wirtschaft ist durch die Beschränkungen des allgemeinen Verkehrs durch Auspuffgas bzw. geräuschverhinderer. Eine der wichtigsten Bestimmungen der neuen Verordnung ist, daß die Kraftfahrzeuge wieder dem Kennzeichnungszwang (Nummernzwang) unterworfen werden sollen. Angemessen

Der Reichsrat genehmigte ferner eine neue Verordnung über Regelung des Kraftfahrzeugverkehrs, die am 1. März 1928 in Kraft treten soll und demnach die Kraftfahrzeuge in zwei Klassen unterteilt. Die deutsche Wirtschaft ist durch die Beschränkungen des allgemeinen Verkehrs durch Auspuffgas bzw. geräuschverhinderer. Eine der wichtigsten Bestimmungen der neuen Verordnung ist, daß die Kraftfahrzeuge wieder dem Kennzeichnungszwang (Nummernzwang) unterworfen werden sollen. Angemessen

Der Reichsrat genehmigte ferner eine neue Verordnung über Regelung des Kraftfahrzeugverkehrs, die am 1. März 1928 in Kraft treten soll und demnach die Kraftfahrzeuge in zwei Klassen unterteilt. Die deutsche Wirtschaft ist durch die Beschränkungen des allgemeinen Verkehrs durch Auspuffgas bzw. geräuschverhinderer. Eine der wichtigsten Bestimmungen der neuen Verordnung ist, daß die Kraftfahrzeuge wieder dem Kennzeichnungszwang (Nummernzwang) unterworfen werden sollen. Angemessen

Der Reichsrat genehmigte ferner eine neue Verordnung über Regelung des Kraftfahrzeugverkehrs, die am 1. März 1928 in Kraft treten soll und demnach die Kraftfahrzeuge in zwei Klassen unterteilt. Die deutsche Wirtschaft ist durch die Beschränkungen des allgemeinen Verkehrs durch Auspuffgas bzw. geräuschverhinderer. Eine der wichtigsten Bestimmungen der neuen Verordnung ist, daß die Kraftfahrzeuge wieder dem Kennzeichnungszwang (Nummernzwang) unterworfen werden sollen. Angemessen

Der Reichsrat genehmigte ferner eine neue Verordnung über Regelung des Kraftfahrzeugverkehrs, die am 1. März 1928 in Kraft treten soll und demnach die Kraftfahrzeuge in zwei Klassen unterteilt. Die deutsche Wirtschaft ist durch die Beschränkungen des allgemeinen Verkehrs durch Auspuffgas bzw. geräuschverhinderer. Eine der wichtigsten Bestimmungen der neuen Verordnung ist, daß die Kraftfahrzeuge wieder dem Kennzeichnungszwang (Nummernzwang) unterworfen werden sollen. Angemessen

Der Reichsrat genehmigte ferner eine neue Verordnung über Regelung des Kraftfahrzeugverkehrs, die am 1. März 1928 in Kraft treten soll und demnach die Kraftfahrzeuge in zwei Klassen unterteilt. Die deutsche Wirtschaft ist durch die Beschränkungen des allgemeinen Verkehrs durch Auspuffgas bzw. geräuschverhinderer. Eine der wichtigsten Bestimmungen der neuen Verordnung ist, daß die Kraftfahrzeuge wieder dem Kennzeichnungszwang (Nummernzwang) unterworfen werden sollen. Angemessen

Der Reichsrat genehmigte ferner eine neue Verordnung über Regelung des Kraftfahrzeugverkehrs, die am 1. März 1928 in Kraft treten soll und demnach die Kraftfahrzeuge in zwei Klassen unterteilt. Die deutsche Wirtschaft ist durch die Beschränkungen des allgemeinen Verkehrs durch Auspuffgas bzw. geräuschverhinderer. Eine der wichtigsten Bestimmungen der neuen Verordnung ist, daß die Kraftfahrzeuge wieder dem Kennzeichnungszwang (Nummernzwang) unterworfen werden sollen. Angemessen

Der Reichsrat genehmigte ferner eine neue Verordnung über Regelung des Kraftfahrzeugverkehrs, die am 1. März 1928 in Kraft treten soll und demnach die Kraftfahrzeuge in zwei Klassen unterteilt. Die deutsche Wirtschaft ist durch die Beschränkungen des allgemeinen Verkehrs durch Auspuffgas bzw. geräuschverhinderer. Eine der wichtigsten Bestimmungen der neuen Verordnung ist, daß die Kraftfahrzeuge wieder dem Kennzeichnungszwang (Nummernzwang) unterworfen werden sollen. Angemessen

Der Reichsrat genehmigte ferner eine neue Verordnung über Regelung des Kraftfahrzeugverkehrs, die am 1. März 1928 in Kraft treten soll und demnach die Kraftfahrzeuge in zwei Klassen unterteilt. Die deutsche Wirtschaft ist durch die Beschränkungen des allgemeinen Verkehrs durch Auspuffgas bzw. geräuschverhinderer. Eine der wichtigsten Bestimmungen der neuen Verordnung ist, daß die Kraftfahrzeuge wieder dem Kennzeichnungszwang (Nummernzwang) unterworfen werden sollen. Angemessen

men wurde eine Verlängerung des Notstands, und zwar nicht mehr mit einer Ausnahme bis zu einem bestimmten Termin, sondern mit der allgemeinen Bestimmung, bis zur gezielten Einstellung des Reichshaushalts.“

aus dem Landtag.

Der Preussische Landtag erledigte gestern die zweite Beratung des Haushalts des Finanzministeriums.

Finanzminister Dr. Höpfer-Wischhoff führte u. a. aus: Zur Stimmung der Kredit für die Bauwirtschaft sind 120 Millionen zur Verfügung gestellt worden. Für die Mittelstandskreditbank kommt vom Reich wie auch von Preußen je 22 Millionen zur Verfügung gestellt worden. Die Kredite müssen jedoch möglichst im Laufe des nächsten Jahres abgetragen werden. Die Kredite für den Stinnes-Konzern sind bereits an die Staatsbank zurückgezahlt worden. Zu der Angelegenheit der Bergwerksbestellungen von

Gleiches Ergeben.

erklärte der Minister: Zunächst der Gleiches-Gesellschaft und der Preussag war seiner Zeit ein Vertrag in Aussicht genommen, der auch genehmigt worden wäre, wenn nicht von Seiten des amerikanischen Harriman-Konzerns ein Angebot gemacht worden wäre das zwar günstiger erschien, tatsächlich aber schwere Nachteile für die deutsche Wirtschaft und die Gleiches-Gesellschaft brachte.

Von Seiten der Staatsregierung ist nichts verhandelt worden. Wir haben, als die ersten Verhandlungen mit Harriman begannen, sofort erklärt, worauf die Amerikaner abzielen und haben einen Kreditvertrag abgelehnt. Wir haben der Gleiches-Gesellschaft einen Vertrag angeboten, der den Erfordernissen der Gesellschaft gerecht wurde und die Möglichkeit bot, die laufenden Schulden abzubauen und dabei auch die Belange der deutschen Wirtschaft zu berücksichtigen. Er bot die Möglichkeit, wertvollen deutschen Erzeugnissen auszuhandeln. Die Staatsbank hatte für diesen Zweck 15 Millionen zur Verfügung gestellt.

Was der Gesellschaft zum Vorwurf gemacht wird, ist, daß sie den Vertrag mit den Amerikanern abgeschlossen hat, nach welchem der ganze Erzeugnisse aus dem deutschen Besitz an die amerikanische Gesellschaft abgetreten werden muß. Die Staatsregierung hat aber die Möglichkeit, die Genehmigung dieses Vertrages mit den Amerikanern zu verhindern. Die Staatsregierung wird auch bemühen, zu verhindern, daß ein Vertrag zustande kommt, der für die deutsche Wirtschaft eine schwere Schädigung bedeutet.

Ferner nahm gestern die Frage der Vermögensaneinanderberührung mit den „Spekulations“

einen breiteren Raum ein. Von der Rechten wurde auch die Auffassung vertreten, daß die Frage als eine reine Rechtsfrage zu behandeln und zu entscheiden sei, während die Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten sie als politische angehen wissen wollten, die nur durch Reichsgezet aus der Welt geschafft werden könne. Der Abg. Schwering erklärte, daß auch das Zentrum in dieser Frage mit der Rechten übereinstimmend sei. Der Vorsitzende der Rechten erklärte, daß die Bestimmungen sollen erst am 2. Dezember stattfinden.

Ein Junters-Berichtszugzug ist mit den letzten des Reichs und Marzins zusammengekommen nach vierstündiger Sitzung in Hülshof eingetroffen und wurde von der Bevölkerung lebhaft begrüßt.

Fahrrad-Mäntel, Schlauchbäume, Gummi-Bieder Große Steinstraße

Außerdem hat man die politische Gleichheit der aus Marokko einmündenden Marabus begriffen, die von den Muslimen fortwährend getrieben werden und bei den primitiven Negern ein- und der Muslimen nachgeahmt. Die Islampolitik Frankreichs in Westafrika ist also ganz verschieden von der in Nordafrika.

Das dritte für die französische Islampolitik wichtige Gebiet ist Syrien. Hier hat Frankreich bislang nicht durchgehenden die Rolle des Beschützers der Christen gegen die Muslime gespielt, eine Rolle, die mit wenig Erfolg von den ersten beiden französischen Oberkommandanten fortgesetzt wurde, bis dann General Sarrail eine nationale Stimmung zu schaffen ließ, mit dem Erfolg, daß das ganze Land eifrig gegen die Franzosen in einem nationalen Aufruhr stand.

R. Albrecht.

Einleitung des Franzosen-Mandatsunterhauens. Am Donnerstag wird der große Kurator von Königshausen in Göttingen prominenten Persönlichkeiten des Franzosen einmündet werden.

Schweres Geschick in Rom. Zur Einleitung an die erfolgreiche Vertreibung gegen islamische und weimarische Truppen in Belgien. Die französische Kriegsbefehlshaber die Stadt Rom, im Jahre 1928 ein historisches Beispiel zu veranlassen.

Der verlorene Wochel. Ein berühmter Schriftsteller braucht nicht notwendigerweise viel Geld zu besitzen. Das sieht man an dem berühmten Berliner des „Graten von Monte Carlo“, Alexander Dumas. Daraus war dieser Schriftsteller aus der Zeit vor seiner Glanzperiode. Schlecht gelang es aber, daß einem seiner hartnäckigsten Verfolger einmal im auffälligen. Trümpfend bereit er das Zimmer des Schriftstellers. Einem verlässig ausgefüllten und mit einer Gemälde im Werte von 6 Sous neu versehenen Wochel in der Hand. Trümpfend lagend, unterhoben Dumas das Dokument und sagte: „Wenn hätte dieses Papier wenigstens noch den Wert von 6 Sous, jetzt, so mein Name darunter steht, ist es überaus nichts mehr wert.“